

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – April 2012

Inhalt

Neuigkeiten aus der COFACE	2
COFACE startet Blog „Reconciling Work and Family Life“	2
COFACE veranstaltet E-Health-Konferenz	2
COFACE nimmt an transnationaler Konferenz zu interkulturellen Familien teil.....	2
Neuigkeiten aus der Europäischen Kommission	2
Europäische Bürgerinitiative (EBI) gestartet	2
Nationale Reformprogramme (NRP) an Kommission geleitet.....	3
Kommission fordert klare Regeln für soziale Sicherung von Migrant/innen	3
Kommission stellt Bericht zur EU-Grundrechtecharta vor	3
Kommission will 17 Millionen neue Arbeitsplätze schaffen.....	3
Initiative „We Mean Business“ gestartet.....	4
Kommission will Hochschulsysteme modernisieren	4
Kooperation zwischen Kommission und UN Women zur weltweiten Geschlechtergleichstellung.....	4
Beiträge zur Konferenz zur Verringerung des Schulabbruchs verfügbar	4
Neuigkeiten aus dem Europäischen Parlament	5
Parlament veröffentlicht EU-Rahmenwerk für Kinderrechte	5
EP-Frauenausschuss verabschiedet Empfehlungen zur Entgeltgleichheit von Frauen und Männern	5
EP-Beschäftigungsausschuss verabschiedet Entschließungsantrag für Jugendinitiative.....	5
Neuigkeiten aus dem Rat der Europäischen Union.....	5
Rat nimmt Empfehlung für die Partizipation Minderjähriger an	5
Europäisches Jahr 2012: Aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen.....	6
Europäischer Tag der Solidarität zwischen den Generationen am 29. April.....	6
Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Lebenserwartung der heute 65-jährigen Europäer/innen.....	6
Europäische Innovationspartnerschaft „Aktives und gesundes Altern“ startet Website „Marketplace for innovative ideas“	6
Weltgesundheitstag am 7. April zum Thema “Gesundes und aktives Altern“	6
Komitee der Regionen veröffentlicht Bericht zum Forum des Europäischen Jahres 2012.....	7
Weitere Nachrichten	7
Girls’ Day und Boys’ Day am 26. April	7
Internationaler Tag der Roma am 8. April	7
Europäische Krankenversicherungskarte wird in E-Health-Pilotprojekt epSOS genutzt	7
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8

Neuigkeiten aus der COFACE

COFACE startet Blog „Reconciling Work and Family Life“

Die COFACE hat ihren Blog „Reconciling Work and Family Life“ gestartet, auf dem Beiträge zur Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben veröffentlicht werden. Der Blog ist Teil einer Kampagne der COFACE, mit der sie für das Europäische Jahr der Familie 2014 wirbt.

- [Blog „Reconciling Work and Family Life“ \(englisch\)](#)

COFACE veranstaltet E-Health-Konferenz

Am 19. April hat die COFACE eine Konferenz zum Thema E-Health im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss veranstaltet. Insbesondere in Bezug auf Familien wurden die Herausforderungen und Möglichkeiten von E-Health herausgearbeitet.

- [Programm der Konferenz: „E-Health: Challenges and opportunities for families“ \(englisch\)](#) 

COFACE nimmt an transnationaler Konferenz zu interkulturellen Familien teil

Die COFACE hat an der von ihrer Mitgliedsorganisation, der spanischen Dachorganisation der Familienverbände „Unión de asociaciones familiares en Espagne“ (UNAF) organisierten Konferenz zu interkulturellen Familien teilgenommen. In diesem Rahmen wurden spezifische Situationen und Probleme, mit denen interkulturelle Familien in Europa konfrontiert sind, thematisiert. Weiterhin wurde der Einfluss interkultureller Familien auf das Familien- und Gesellschaftsleben beleuchtet. Während ihres Inputs betonte die COFACE die Notwendigkeit, interkulturellen Familien und Migrant/innen Zugang zu allen jeweils üblichen Sozialleistungen zu gewähren. Dazu gehören u.a. finanzielle Leistungen, familiäre Dienstleistungen und die Möglichkeit eines familiengerechten Zeitmanagements.

- [Programm des „Transnational Seminar On Intercultural Families“ \(englisch\)](#) 

Neuigkeiten aus der Europäischen Kommission

Europäische Bürgerinitiative (EBI) gestartet

Die Europäische Bürgerinitiative (EBI), das mit dem Vertrag von Lissabon eingeführte Instrument zur Stärkung der Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene, wurde am 1. April gestartet. Seitdem können Bürgerinitiativen bei der Kommission eingereicht werden. Bei einer ausreichenden Unterstützung der Initiative (mindestens eine Million EU-Bürger/innen aus mindestens sieben Mitgliedstaaten) wird die Kommission zu einer Gesetzesinitiative aufgefordert. Um eine EBI bei der Kommission zu registrieren müssen zunächst sieben Bürger/innen aus sieben EU-Staaten gemeinsam einen Bürgerausschuss gründen. Nach der Registrierung können sie online oder auf dem Papier Unterschriften sammeln. Bei einer ausreichenden Unterstützung hat die Kommission drei Monate lang Zeit, die Initiative zu prüfen und dann zu beschließen, wie sie fortfahren will. Die Organisator/innen erhalten in jedem Fall die Möglichkeit, ihre Ziele der Kommission detailliert zu erläutern sowie im Rahmen einer öffentlichen Anhörung im Parlament vorzustellen.

- [Website der Europäischen Kommission zur Europäischen Bürgerinitiative](#)

Nationale Reformprogramme (NRP) an Kommission geleitet

Die EU-Mitgliedstaaten haben ihre aktuellen Nationalen Reformprogramme (NRP) an die Kommission geleitet. Darin benennen die Regierungen der einzelnen Mitgliedstaaten ihren nationalen Beitrag und ihre Maßnahmen zur Implementierung der EU-Strategie „Europa 2020“. Die europäischen Leitziele, die dazu im laufenden Jahrzehnt umgesetzt werden sollen, liegen in den Bereichen Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, Klimawandel und Energie, Bildung sowie Armut und soziale Ausgrenzung.

Die AGF hat das deutsche NRP insbesondere in den genannten Maßnahmen zur Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Deutschland als unzureichend kritisiert. Dieses sei vor allem darauf zurückzuführen, dass die Bundesregierung die Pläne zur Armutsreduzierung ausschließlich auf Langzeitarbeitslosigkeit beschränke. Dabei würden andere wichtige Faktoren, die zu Armut und sozialer Ausgrenzung führen, komplett ausgeblendet. Auch die Diakonie hat sich kritisch zum deutschen NRP geäußert und fordert in ihrer Stellungnahme u.a. den Ausbau von Angeboten frühkindlicher Bildung und beruflicher Qualifikation.

- [Pressemitteilung der AGF zum deutschen NRP](#) 
- [Stellungnahme der Diakonie zum deutschen NRP](#)

Kommission fordert klare Regeln für soziale Sicherung von Migrant/innen

Die Kommission fordert klare Regeln für die soziale Sicherung für die gesetzlichen Rentenansprüche von EU-Bürger/innen, die in Drittstaaten arbeiten und Drittstaatsangehörige, die in der EU arbeiten. Dazu hat sie vorgeschlagen, mit den Drittstaaten Türkei, Albanien, Montenegro und San Marino Abkommen zu schließen. Hintergrund ist, dass Arbeitnehmer/innen und Unternehmen aus Drittländern in der EU je nach Zielstaat mit unterschiedlichen Sozialversicherungssystemen konfrontiert werden. Ein einheitlicher Ansatz soll die Rechte der Arbeitnehmer/innen besser schützen.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Forderung klarer Regeln für Rentenansprüche](#)

Kommission stellt Bericht zur EU-Grundrechtecharta vor


Die Kommission hat ihren zweiten Jahresbericht zur EU-Grundrechtecharta vorgestellt, mit dem die EU-Bürger/innen über die Charta an sich, ihre Anwendung sowie die Rolle der EU-Organe beim Schutz der Grundrechte informiert werden. Die EU-Grundrechtecharta ist seit zwei Jahren rechtsverbindlich und hat das Ziel, die Wahrung der Grundrechte bei der Festlegung neuer europäischer Rechtsvorschriften durch die EU-Organe sicherzustellen. Auch der EU-Gerichtshof beruft sich immer häufiger auf die Charta, insbesondere bei den Themen Geschlechterdiskriminierung und Schutz der Privatsphäre im Internet.

- [Pressemitteilung der Kommission zur EU-Grundrechtecharta](#)

Kommission will 17 Millionen neue Arbeitsplätze schaffen

Die Kommission hat ein neues Beschäftigungspaket sowie die strategische Mittelung „Einen arbeitsplatzintensiven Aufschwung gestalten“ verabschiedet, um der ansteigenden Arbeitslosigkeit in der EU entgegenzuwirken. Darin schlägt die Kommission konkrete Maßnahmen zur Schaffung von mehr als 17 Millionen neuen Arbeitsplätzen bis zum Jahr 2020 in Zukunftsbranchen wie der Umweltwirtschaft, dem Gesundheitswesen und der Informations- und Kommunikationswirtschaft vor. Neben den Maßnahmen zur Besteuerung und Förderung von Unternehmensgründungen soll die Übertragbarkeit von Renten- und Pensionsansprüchen vereinfacht sowie überall Arbeitslosenleistungen eingeführt werden. Nationale

Arbeitsmärkte sollen auch für Arbeitskräfte aus Bulgarien und Rumänien, für die derzeit noch Beschränkungen gelten, geöffnet werden.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Schaffung neuer Arbeitsplätze \(englisch\)](#)
- [Strategische Mitteilung „Einen arbeitsplatzintensiven Aufschwung gestalten“](#) 

Initiative „We Mean Business“ gestartet

Im Rahmen ihrer Initiative „Chancen für junge Menschen“ hat die Kommission die Initiative „We Mean Business“ zur Erhöhung der Zahl von Auslandspraktika gestartet. Die Initiative soll Unternehmen dazu animieren, mehr Praktikumsplätze für junge Menschen bereitzustellen, um deren berufliche und internationale Kompetenzen zu verbessern. Dazu stellt die Kommission für den Zeitraum 2012 – 2013 Finanzmittel für rund 280.000 Praktika bereit.

- [Website der Initiative „We mean Business“ \(englisch\)](#)

Kommission will Hochschulsysteme modernisieren

Auf der Bologna-Konferenz, die am 26. und 27. April in Bukarest stattfand, um die Prioritäten für die nächste Phase des Bologna-Prozesses (2012 – 2015) festzulegen, forderte die Kommission die Bildungsminister/innen aus 47 europäischen Ländern dazu auf, die Modernisierung der europäischen Hochschulsysteme voranzutreiben. Damit soll eine qualitativ hochwertige Bildung in Europa sichergestellt werden, mit der der anhaltenden Eurokrise und der hohen Jugendarbeitslosigkeit Rechnung getragen wird. Zu einer Modernisierung gehören neben guter Lehre u.a. die problemlose Anerkennung akademischer Qualifikationen in Europa.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Bedeutung der Hochschulreformen](#)
- [Website zur Bologna-Konferenz \(englisch\)](#)

Kooperation zwischen Kommission und UN Women zur weltweiten Geschlechtergleichstellung

Die Kommission und die UN-Frauenorganisation UN Women haben ein neues Partnerschaftsprogramm zur Förderung von Frauen und der weltweiten Gleichstellung von Frauen und Männern beschlossen. Die Vizepräsidentin der Kommission, Catherine Ashton, machte deutlich, dass die Diskriminierung von Frauen und Mädchen weltweit die am weitesten verbreitete und hartnäckigste Form der Ungleichbehandlung sei. Um dem entgegenzuwirken, will das Bündnis Frauenrechte in Wirtschaft, Politik und Justiz stärken und die Bestrafung von sexueller Gewalt sowie einen besseren Schutz von Frauen sichern. Gestärkt werden soll auch der Austausch von Informationen, Expertise und Analysen zwischen den Organisationen.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Partnerschaft zwischen EU und UN Women](#)
- [Bericht der Europäischen Kommission zu Fortschritten in der Geschlechtergleichstellung](#)

Beiträge zur Konferenz zur Verringerung des Schulabbruchs verfügbar

Die Kommission hat die Beiträge zur Konferenz zum Thema „Verringerung des Schulabbruchs: effiziente und effektive Politikansätze in Europa“, die Anfang März stattgefunden hat, veröffentlicht.

- [Konferenz-Bericht der Kommission zur Verringerung des Schulabbruchs \(englisch\)](#)

Neuigkeiten aus dem Europäischen Parlament

Parlament veröffentlicht EU-Rahmenwerk für Kinderrechte

Das Parlament hat das europäische Rahmenwerk für Kinderrechte veröffentlicht, mit dem ein Überblick zur Situation von Kinderrechten in der EU gegeben werden soll. In dem Rahmenwerk werden internationale und regionale Instrumente für Kinderrechte vorgestellt. Weiterhin wird das legale europäische Rahmenwerk vor und nach dem Vertrag von Lissabon dargestellt und eine Einschätzung dessen Bedeutung für Kinderrechte vorgenommen.

- [EU Framework of Law for Children's Rights \(englisch\)](#) 

EP-Frauenausschuss verabschiedet Empfehlungen zur Entgeltgleichheit von Frauen und Männern

Der Frauenausschuss des Parlaments hat Empfehlungen zur Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Frauen und Männer bei gleichwertiger Arbeit an die Kommission verabschiedet. Damit soll der Lohnungleichheit von 16%, die nach der Geburt des ersten Kindes noch weiter steigt, Rechnung getragen werden. In ihren Empfehlungen fordert der EP-Frauenausschuss die Kommission auf, die Richtlinie zur Realisierung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen (2006/54/EG) zu überprüfen und gegebenenfalls Änderungsvorschläge zu erbringen. Außerdem soll die Kommission die Richtlinie zur Rahmenvereinbarung über Teilzeitarbeit überarbeiten, um geschlechtsspezifischen Lohnunterschieden entgegenzuwirken.

- [Empfehlungen des EP-Frauenausschusses zur Entgeltgleichheit von Frauen und Männern \(englisch\)](#)

EP-Beschäftigungsausschuss verabschiedet Entschließungsantrag für Jugendinitiative

Der EP-Beschäftigungsausschuss hat einen Entschließungsantrag für eine Jugendinitiative verabschiedet, mit der die derzeitige durchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit von über 20% in der EU gesenkt werden soll. In dem Entschließungsantrag fordern die Abgeordneten die Schaffung von „Aktionsteams“, die regionale und nationale Behörden im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit unterstützen. Weiterhin fordern sie die Mitgliedstaaten dazu auf, jugendspezifische Ziele und Strategien in ihren jeweiligen Nationalen Reformprogrammen (NRP) zu implementieren. Außerdem sollen Mittel des nicht voll ausgenutzten Strukturfonds für Jugendprojekte verwendet und eine „Jugendgarantie“ eingeführt werden, die sicherstellt dass arbeitslosen Jugendlichen innerhalb von vier Monaten eine Perspektive geboten wird.

- [Pressemitteilung des Europäischen Parlaments zum Entschließungsantrag für eine Jugendinitiative \(englisch\)](#)

Neuigkeiten aus dem Rat der Europäischen Union

Rat nimmt Empfehlung für die Partizipation Minderjähriger an

Der Rat hat eine Empfehlung bezüglich der Partizipation von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren angenommen. Den Mitgliedstaaten wird in der Empfehlung angeraten, das Menschenrecht, Gehört und ernstgenommen zu werden, auch für Minderjährige sicherzustellen und sie an politischen Entscheidungen

teilhaben zu lassen. Weiterhin sollen die Mitgliedstaaten den Austausch von Informationen und „Good Practice-Beispielen“ der Teilhabe Minderjähriger auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene sowie mit der Zivilgesellschaft fördern.

- [Empfehlung des Rates der Europäischen Union zur Partizipation Minderjähriger \(englisch\)](#)

Europäisches Jahr 2012: Aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen

Europäischer Tag der Solidarität zwischen den Generationen am 29. April

Seit 2009 wird am 29. April jährlich der Tag der Solidarität zwischen den Generationen in Europa begangen. In diesem Jahr lag der Fokus darauf, Schüler/innen und ältere Menschen im Dialog zusammenzubringen. Dazu haben Schulen um den 29. April ihre Türen für ältere Menschen geöffnet, die gemeinsam mit den Schüler/innen diskutierten und an Aktivitäten wie Theater, Musik etc. teilnahmen.

- [Information der AGE Platform Europe zum Europäischen Tag der Solidarität zwischen den Generationen \(englisch\)](#)

Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Lebenserwartung der heute 65-jährigen Europäer/innen

Das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat), hat Zahlen aus dem Jahr 2010 zur Lebenserwartung und Gesundheit der aktuell 65-jährigen Europäer/innen veröffentlicht. Sie zeigen, dass 65-jährige Männer im EU-Durchschnitt eine geschätzte Lebenserwartung von 17,4 und Frauen von 21 Jahren haben, davon sind 8,7 Jahre (Männer) bzw. 8,8 Jahre (Frauen) gesunde Lebensjahre. Die Lebenserwartungen Deutscher liegen im europäischen Durchschnitt, jedoch erwarten sie weniger gesunde Lebensjahre (Frauen 7,1 und Männer 6,9 Jahre). Franzosen/Französisinnen und Spanier/innen werden am ältesten und Schwed/innen erfreuen sich am längsten an guter Gesundheit.

- [Pressemitteilung von Eurostat zur Lebenserwartung der 65-jährigen](#)

Europäische Innovationspartnerschaft „Aktives und gesundes Altern“ startet Website „Marketplace for innovative ideas“

Die „European Innovation Partnership on Active and Healthy Ageing“ (dt.: Europäische Innovationspartnerschaft „Aktives und gesundes Altern“) hat die interaktive Website „Marketplace for innovative ideas“ (dt.: „Marktplatz für innovative Ideen“) gestartet. Ziel ist es, ein Netzwerk für Akteur/innen der Innovationspartnerschaft zu schaffen, das Möglichkeiten bieten soll, Partner/innen für eine Initiative oder eine Initiative zur Partizipation zu finden, Informationen zu verbreiten, mit Stakeholdern in Kontakt zu treten sowie Veranstaltungen zu unterstützen.

- [Website „Marketplace for innovative ideas“ \(englisch\)](#)

Weltgesundheitstag am 7. April zum Thema „Gesundes und aktives Altern“

Der jährlich am 7. April stattfindende Weltgesundheitstag widmete sich in diesem Jahr mit dem Motto „Good health adds life to years“ dem Thema „Gesundes und aktives Altern“. Kampagnenmaterialien und Aktivitäten sollten zeigen, wie eine gute Gesundheit älteren Frauen und Männern dabei helfen kann, ein aktives Leben zu

führen. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) kämpft damit auch gegen den negativen Stereotyp des Alterns an.

- [Hintergrundinformation der WHO zum Weltgesundheitstag 2012 \(englisch\)](#) 

Komitee der Regionen veröffentlicht Bericht zum Forum des Europäischen Jahres 2012

Das Komitee der Regionen hat den Bericht zu seinem Forum des Europäischen Jahres 2012, das im Februar dieses Jahres stattfand, veröffentlicht. Am Forum nahmen mehr als 200 Vertreter/innen lokaler, regionaler und nationaler Verwaltungen sowie Institutionen und andere Verbände teil. Diskutiert wurde die politische Steuerung aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen. Dabei wurden vor allem „Good-Practice-Beispiele“ in den Bereichen Arbeit, Partizipation und unabhängiges Leben gesammelt.

- [Bericht des Komitees der Regionen zum Forum zum Europäischen Jahr für Aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen \(englisch\)](#)

Weitere Nachrichten

Girls' Day und Boys' Day am 26. April

Am 26. April fand der Girls' Day zusätzlich zu Deutschland auch in Österreich, der Schweiz, den Niederlanden, Belgien, Tschechien, Spanien, Luxemburg, Polen, Liechtenstein, Ungarn, dem Kosovo und erstmals auch in Kirgistan statt. Der Girls' Day zielt darauf ab, Mädchen und Frauen dazu zu motivieren, sogenannte typische „Männerberufe“ zu ergreifen. Dazu laden verschiedene Unternehmen am Girls' Day Mädchen ab der fünften Klasse dazu ein, Arbeitsplätze in den Bereichen Technik, Naturwissenschaften, Handwerk und Informationstechnik kennenzulernen. Seit dem Jahr 2011 findet in Deutschland auch der Boys' Day, an dem Jungen typische „Frauenberufe“ kennenlernen sollen, als Pendant zum Girls' Day statt.

- [Website zum deutschen Girls' Day](#)

Internationaler Tag der Roma am 8. April

Am 8. April wurde der „Internationale Tag der Roma“ begangen, der an den ersten weltweiten Roma-Kongress vom 8. April 1971 in London erinnert. Roma machen die größte ethnische Minderheit Europas aus und sind mit starken wirtschaftlichen und sozialen Marginalisierungserscheinungen konfrontiert. Der „Internationale Tag der Roma“ soll zum Einen auf die prekäre Lage von Roma aufmerksam machen, für die von politischer Seite Integrationsmaßnahmen geschaffen werden müssen. Außerdem soll an dem Tag die Roma-Kultur gefeiert werden und auf die kulturelle Vielfalt der Gesellschaft aufmerksam machen.

Europäische Krankenversicherungskarte wird in E-Health-Pilotprojekt epSOS genutzt

Im Rahmen des von der EU kofinanzierten Pilotprojekts epSOS wird nun die Benutzung der europäischen Krankenkassenkarte getestet. EpSOS dient der grenzüberschreitenden Vernetzung von E-Health-Dienstleistungen, um deren Qualität und Service zu verbessern. Damit soll ein E-Health-Rahmenwerk entwickelt werden, das den sicheren Zugang für Patientengesundheitsinformationen innerhalb verschiedener europäischer Gesundheitssysteme sicherstellt.

- [Website des epSOS Pilotprojekts \(englisch\)](#)

Bevorstehende Veranstaltungen

- EU-Kommission: Konferenz “High Level Conference on EU Health Programmes: results and future perspectives” (3. Mai 2012, Brüssel)
- Standing Committee of European Doctors (CPME): Konferenz “Prevention through Childhood Vaccination – Defining Doctors’ Roles in the Stakeholder Debate” (4. Mai 2012, Brüssel)
- European Civil Society Platform on Lifelong Learning (EUCIS-LLL): Jahreskonferenz “Social Innovation for Active Inclusion” (14. Mai 2012, Leuven)
- Public Policy Exchange: Symposium “Young People and Sexual Health: Integrating and Implementing the European Knowledge” (15. Mai 2012, Brüssel)
- Europäische European Social Insurance Platform: Konferenz “Aktives, gesundes Altern und Generationensolidarität: Die Rolle der Sozialversicherungen” (23. Mai 2012, Brüssel)
- International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR): Konferenz “Collaboration Instead of Collision: Family Law, Social Policy and Joint Practice” (14. – 17. Juni 2012, Boston)
- COFACE: Konferenz “Reconciling Work and Care responsibilities: a challenge for family carers in Europe” (26. Juni 2012, Brüssel)
- European Map of Intergenerational Learning-Netzwerk: Konferenz “Generations Ageing Together” (9. – 11. Juli, Staffordshire)
- Glasgow Caledonian University und BHF National Centre: Kongress “8th World Congress on Active Aging”, (13. – 17. August 2012, Glasgow)
- Eurochild: Jahreskonferenz 2012 “Promoting the rights of children in alternative care across Europe” (24. – 26. Oktober 2012, Sofia)

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).